



ABONNENTEN

Mit dem bevorstehenden Jahreswechsel treten einige Veränderungen in Kraft, die sich auf das Portemonnaie der Franzosen auswirken werden.

Das neue Jahr steht vor der Tür ... und mit ihm einige schlechte und gute Nachrichten für den Geldbeutel der Franzosen.

Mautgebühren für Autobahnen: +2%

Die Gebühren für die wichtigsten Autobahnnetze sollen am 1. Februar 2022 um durchschnittlich 2% steigen. Das Netz der Autoroutes du Sud de la France wird seine Tarife voraussichtlich um 2,19% und APRR um 2,05% erhöhen, so die von den Autobahngesellschaften veröffentlichten Zahlen.

Die Regierung muss die neuen Tarife noch formell genehmigen. Die Verträge zwischen den Autobahngesellschaften und dem Staat sehen eine automatische Erhöhung der Mautsätze jedes Jahr am 1. Februar vor, die in ihrer Höhe insbesondere von der Inflation und den Baustellen auf dem Netz abhängig ist.

Lesen Sie auch: [Autobahnen in Frankreich: Gebühren sollen ab 1. Februar um durchschnittlich 2% steigen](#)

Grundsteuer: +3,4%

Nach ersten Schätzungen des Statistik-Instituts Insee wird die Grundsteuer für das Jahr 2022 voraussichtlich um 3,4% steigen. Laut dem Wirtschaftsmagazin Capital handelt es sich dabei um den „stärksten Anstieg seit Beginn des Jahrhunderts“. Dieser Anstieg dürfte sich auch auf andere Steuern auswirken, die den Katastermietwert in ihre Berechnung mit einbeziehen. Dies betrifft insbesondere die Müllgebühren.

Lesen Sie auch: [Steuern: Der Fiskus will mit Google nicht angemeldete Gebäude und Schwimmbäder aufspüren](#)

Preis der Briefmarke: + 8 Cent

Die Preise für Postwertzeichen für Privatpersonen steigen ab dem 1. Januar 2022. Der Preis für die grüne Briefmarke (Brief, der innerhalb von 48 Stunden zugestellt wird) steigt von 1,08 € auf 1,16 €, der Preis für die rote Briefmarke (Prioritätsbrief, der innerhalb von 24 Stunden zugestellt wird) wird von 1,28 € auf 1,43 € angehoben.

Mindestlohn: mindestens +0,6%



Die automatische Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar 2022 dürfte laut dem vor jeder Erhöhung konsultierten Panel von Wirtschaftswissenschaftlern 0,5 bis 0,6 % betragen. Der Mindestlohn würde somit auf 1.597,41 bzw. 1.599 Euro brutto im Jahr 2022 festgelegt werden. Angesichts der vorläufigen Inflationsschätzung für November (2,8 % auf ein Jahr gerechnet), die vor einigen Tagen vom Statistikamt Insee veröffentlicht wurde, erklärte Arbeitsministerin Elisabeth Borne im Sender BFM Business jedoch, sie erwarte eine Erhöhung des Mindestlohns (Smic) „über die von den Experten angekündigten 0,6 % hinaus“.

Angesichts des derzeitigen Arbeitskräftemangels werden viele Branchen zu Beginn des Jahres 2022 von sich aus Lohnerhöhungen vornehmen, erwartet der Arbeitgeberverband.

Grundrente: +1,1%

Die Renten werden am 1. Januar 2022 um 1,1 % steigen. Diese Erhöhung um 1,1 % wurde nach einer Formel berechnet, die dem Verhältnis zwischen der Entwicklung des Verbraucherpreisindex von November 2019 bis Oktober 2020 und der von November 2020 bis Oktober 2021 entspricht.

Sparbuch A: +0,2 Punkte?

Der auf eine Obergrenze von 0,5% beschränkte Zinssatz des Sparbuchs A könnte am 1. Februar nächsten Jahres steigen, abhängig von den Verbraucherpreisen der nächsten zwei Monate, meldet die Zeitschrift Capital. Da die Inflation laut Insee-Daten von +1,4% im Juni auf +2,6% im Oktober gestiegen ist, könnte der Zinssatz des Sparbuchs A also auf 0,6% oder 0,8% festgelegt werden.